



## Antrag

der Fraktion der PIRATEN

### **Opt-Out bei der Verlängerung der Zulassung von Glyphosat**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat die Initiative zu ergreifen um in Deutschland die Nutzung von Glyphosat beziehungsweise Glyphosat-basierten Pflanzenschutzmitteln zu verbieten.

In Anbetracht des Volksentscheid im Vereinigten Königreich und der wachsenden EU-Skepsis bei vielen Bürgerinnen und Bürgern darf die Bundesregierung sich nicht länger hinter der Entscheidung der EU-Kommission verstecken sondern muss die Bedenken der Bevölkerung, Verbraucher- und Tierschützer ernst nehmen und von ihrer Enthaltung auf EU Ebene Abstand nehmen.

Begründung:

Da die EU-Mitgliedstaaten sich nicht mehrheitlich gegen eine weitere Zulassung des Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ausgesprochen haben, hat die Europäische Kommission die Genehmigung von Glyphosat bis höchstens Ende 2017 verlängert. Das Deutschland sich bei der Entscheidung enthalten hat, ist bedauerlich. Daher ist es wichtig, dass die Schleswig-Holsteinische Landesregierung im Bundesrat die

Initiative ergreift um die Bundesregierung dazu zu bewegen im Interesse der Verbraucher, des Umwelt- und Artenschutzes dieses Pflanzengift – trotz der Verlängerung der Genehmigung von Glyphosat durch die EU-Kommission – zu verbieten.

Nationale Verbote von Glyphosat sind, trotz einer Zulassung des Wirkstoffs auf EU-Ebene möglich. Die Entscheidung liegt bei den Mitgliedstaaten und in Zeiten wachsender EU-Skepsis bei den Bürgerinnen und Bürgern gibt es keinen Grund für die Bundesregierung sich hinter der Entscheiden der EU-Kommission zu verstecken.

Das ursprünglich von Schleswig-Holstein verabschiedete Moratorium (Drs. 18/3409) ist vor diesem Hintergrund abzulehnen. Die EU-Mitgliedsstaatenmüssen jetzt zum Schutz der Bürger nationale Verbote erlassen.

Dr. Patrick Breyer  
und Fraktion